

Viren, Bakterien & Co.

Zur Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten in Deutschland

Über sexuell übertragbare Krankheiten zu sprechen, ist in Deutschland nicht ganz einfach. Das liegt zum einen an den gesellschaftlichen Tabus, die mit Sexualität und Krankheit verbunden sind. Das hängt aber auch mit komplizierten Begrifflichkeiten, komplexen Sachverhalten und unübersichtlichen Strukturen zusammen. Die Autorin beschreibt den Ist- und Sollzustand.

Was früher die griffige, aber unpräzise und oft diskriminierend verwendete Bezeichnung „Geschlechtskrankheit“ trug, wird heute von den Fachleuten mit den Buchstaben STD (für sexually transmitted disease) oder STI (sexually transmitted infection) abgekürzt. Hinter diesen Akronymen verbergen sich mehrere Dutzend Krankheitserreger, vor allem Viren und Bakterien. Nicht alle diese Erreger machen sich immer durch Symptome bemerkbar – trotzdem können sie beim Sex übertragen werden.

Der fehlende Diskurs erschwert die Prävention

Das bekannteste sexuell übertragbare Virus, HIV, erhält seit den 1980er Jahren erhebliche mediale Aufmerksamkeit. Anderen Erregern, wie Gonokokken („Tripper“), Chlamydien oder *Treponema pallidum* (Syphilis), blieb diese Aufmerksamkeit weitgehend versagt. Der fehlende gesellschaftliche Diskurs über Infektionen

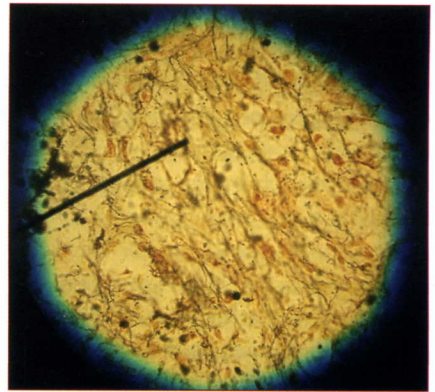
mit diesen und weiteren STD-Erregern erschwert die Prävention.

Doch Prävention ist nicht nur vom öffentlichen oder medialen Diskurs abhängig. Prävention braucht auch geeignete Strukturen, damit Wissen um STD/STI verbreitet und Maßnahmen zu ihrer Verhütung verbessert werden können.

Seit 2001 gilt in Deutschland das Infektionsschutzgesetz (IfSG). Ziel des Gesetzes ist, die Verbreitung übertragbarer Krankheiten – auch sexuell übertragbarer Infektionen – zu verringern, ihnen vorzubeugen, sie frühzeitig zu diagnostizieren und ihre angemessene Behandlung zu sichern. Paragraph 3 von Abschnitt 1 des Gesetzes formuliert ausdrücklich, dass „Information und Aufklärung der Allgemeinheit über die Gefahren übertragbarer Krankheiten und die Möglichkeiten zu deren Verhütung eine öffentliche Aufgabe“ sind.

Eine nationale Strategie gibt es in Deutschland nicht

Verschiedene Behörden, Ministerien und Einrichtungen auf Bundes- und Landesebene widmen sich dieser Aufgabe auf unterschiedlichen Ebenen. Aber auch Nichtregierungsorganisationen wie pro familia oder Aids-Hilfen leisten einen wichtigen Beitrag zur Prävention. Und natürlich trägt die medizinische Versorgung von der Diagnostik bis zur Therapie immens zur Prävention bei, sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft („Public Health“). Denn frühe Diagnose und Behandlung können nicht



Treponema pallidum (Syphilis)

nur Komplikationen und Folgen verhindern, sondern verringern auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich andere Menschen anstecken – zumal auch symptomlose Infektionen ansteckend sein können. Doch eine nationale Strategie und eindeutige Anlaufstellen für STI/STD-Fragen gibt es in Deutschland bislang nicht.

Für Laien ist es deshalb oft schwierig, sich zu orientieren. Wohin können sich Bürgerinnen und Bürger wenden, wenn sie Informationen brauchen oder sich auf eine STI testen lassen wollen? Wer ist wofür zuständig? Und wo finden sich die zuständigen Ärztinnen oder die passenden Ärzte?

Welche medizinischen Fachrichtungen zuständig sind, ob jemand einen Überweisungsschein braucht, direkt die Fachmedizin aufsuchen kann oder besser zu einem Gesundheitsamt geht, hängt von vielen Bedingungen ab: dem Versicherungsstatus, (gesetzlich, privat, gar nicht krankenversichert, womöglich kein

